

In diesem Sinne danke ich Ihnen noch einmal für Ihr Erscheinen auf unserem Parteitag! (Lebhafter Beifall. - Der Präsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Professor Dr. Stubbe, und Professor Dr. Leo Stern, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle überreichen unter dem Beifall der Delegierten dem Präsidenten Mappen mit hervorragenden Verpflichtungen von Professoren und Mitarbeitern ihrer Lehranstalten. — Professor Dr. Dr. h. c. Friedrich verabschiedet sich mit einem herzlichen Händedruck von Genossen Wilhelm Pieck und anderen Mitgliedern des Präsidiums. — Die Delegation der Wissenschaftler verläßt darauf unter dem Beifall der Delegierten den Saal.)

Das Wort hat jetzt Genosse Otto Lehmann vom Bundesvorstand des FDGB.

*Otto Lehmann:* Genossinnen und Genossen! Ich möchte über einen Bereich unserer ideologisch-politischen und organisatorischen Massenarbeit sprechen, dem wir als Genossen in den Gewerkschaften bisher im allgemeinen, insbesondere aber in der Periode der Durchführung des neuen Kurses, ungenügend Beachtung geschenkt haben, ich meine die gewerkschaftspolitische Arbeit unter den Werktätigen, die in den Privatbetrieben beschäftigt sind.

Die im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees geforderte stärkere Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeit in den Privatbetrieben, besonders auch auf dem Gebiete der kulturellen Massenarbeit, betrachte ich als eine ernste, aber berechnete Kritik an unserer bisherigen Gewerkschaftsarbeit. Es ist eine Tatsache, daß es bis in die jüngste Vergangenheit vor allem in den zentralen Leitungen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften ein schädliches, sektiererisches Verhalten hinsichtlich der allseitigen Betreuung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den privaten Betrieben gegeben hat. Das tritt gegenwärtig besonders zutage bei der Verwirklichung der Verordnung „über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“ vom 10. Dezember 1953 und der „Verordnung über die Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung“ vom 17. Dezember 1953, in Verbindung mit dem Abschluß der Betriebs- und Arbeitsschutzvereinbarungen in den privatkapitalistischen